Protokoll
über die 29. Sitzung des Ausschusses für Soziales
im Seniorenclub Lankwitz, Gallwitzallee 53, 12247 Berlin
am 01.09.2005

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

Beginn: 16.35 Uhr

Ende: 18.35 Uhr

Gäste: siehe Anwesenheitsliste

Der Ausschussvorsitzende, Herr Bösener, begrüßt die Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Herr Bösener bekannt, dass Frau Schwanke von der Seniorenvertretung unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes einige Informationen bekannt geben möchte. Außerdem kann der Tagesordnungspunkt 4 und 4.1 in der heutigen Sitzung nicht behandelt werden, da die mitberatenden Ausschüsse keine abschließenden Ergebnisse abgegeben haben.

Um die zu Beginn der Ausschusssitzung noch laufende Veranstaltung in der Seniorenfreizeitstätte nicht zu stören, findet die in TOP 3 beabsichtigte Besichtigung nach Beendigung der Veranstaltung statt.

Herr Schimmel von der Fraktion Die GRÜNEN stellt sich dem Ausschuss als Nachfolger von Herrn Müller-Gazurek vor.

TOP 1: **Öffentliche Bürger-Frage-Viertelstunde**

Es wurden keine Fragen eingereicht.

TOP 2: **Protokolle**

Das Protokoll der 28. Sitzung wird genehmigt.

TOP 3 (alt TOP 5): **Bericht aus dem Beirat für die ehemaligen bezirklichen Seniorenheime**

Herr Senoner berichtet, dass der angestrebte Erbbaurechtsvertrag für das Seniorenheim Rückerstraße sich unter den gegebenen Umständen nicht verwirklichen lässt.

Die Pächtergesellschaft führt zur Zeit intensiv Gespräche mit Investoren über eine Finanzierung der Um- und Neubaumaßnahmen, die dringend notwendig sind, um endlich wirtschaftliche Strukturen und einen zeitgemäßen baulichen Standard schaffen zu können.

Um zum einen die wirtschaftlichen Verluste zu reduzieren und zum anderen die Baumaßnahmen ohne Einschränkungen durch den laufenden Heimbetrieb durchführen zu können, wird daher der Betrieb des Hauses Rückertstraße zum 30.11.2005 vorübergehend eingestellt.

Sollten die Verhandlungen mit Investoren ergebnislos bleiben, wird das Bezirksamt die Liegenschaft einer anderweitigen wirtschaftlichen Verwertung zuführen, z.B. durch Verkauf. Für den bisher gemeinsam mitverpachteten Standort Kaulbachstraße wäre dann ein eigener Pachtvertrag abzuschließen.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden wird bestätigt, dass in diesem Fall zu erwarten ist, dass wegen einiger baulicher Mängel des Gebäudes der Verkehrswert und damit die Pachtzahlungen an den Bezirk geringer ausfallen dürften.

TOP 4 (alt TOP 6): **Haushalt 2006/2007**

Herr Geese berichtet über die neue Zuweisungspraxis der Haushaltssummen. Die Senatsverwaltung für Finanzen nimmt eine produktorientierte Zuweisung der Haushaltsansätze vor. Ab der Haushaltsaufstellung 2006/2007 werden auch die Personalkosten über die Kosten- und Leistungsrechnung ermittelt. Daraus ergibt sich, dass die Abteilung Soziales eine Einsparsumme in Höhe von ca. 1,9 Mio Euro erbringen müsste. Ca. 711.000 Euro können durch Einsparungen bei den Personalkosten (19 Stellen) und 60.000 Euro durch Kürzungen bei den Sachmitteln eingespart werden.

Die vom Finanzservice veranschlagten pauschalen Minderausgaben für Personalreduzierungen in Höhe von 1,2 Mio Euro können von der Abteilung nicht akzeptiert werden. Schriftwechsel findet bereits mit der Senatsverwaltung für Finanzen statt, da die Abteilung davon ausgeht, dass die Daten, die zur Kürzung führten, falsch und unvollständig sind. Sollte es bei dieser Kürzung bleiben, wäre die Abteilung Soziales gezwungen, weitere 40 Stellen einzusparen.

Des weiteren ist dieses Thema als Tagesordnungspunkt bei der Bezirksstadträtesitzung am 02.09.2005 angemeldet, da es sich um ein berlinweites Problem handelt und die weitere Vorgehensweise geklärt werden muss.

Herr Wöpke wird regelmäßig im Ausschuss über den Sachstand berichten.

TOP 5 (alt TOP 7): **Bearbeitungszeiten in der Abteilung Soziales**
a) von Anträgen auf Grundsicherung in den Jahren 2003/2004 (siehe Petition Nr. 89/II, Sitzung des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden am 16.06.05)

Herr Bartsch, Fachbereichsleiter Allgemeine materielle Hilfen, unterrichtet die Ausschussmitglieder über die vergangene Situation in der Grundsicherungsstelle, die durch die Gesetzesänderungen zum 31.12.2004 aufgelöst wurde und jetzt in seinem Fachbereich eingegliedert ist. Er teilt mit, dass die Mitarbeiter der Grundsicherungsstelle - trotz personeller Engpässe und der bestandenen Antragsflut – 72 % der Anträge abschließend bearbeitet haben. Von den 72 % waren 81 % Neuanträge. Die Mitarbeiter haben anfänglich eine Sichtung der Anträge vorgenommen und diese nach Priorität abgearbeitet. Von den ca. 400 Anträgen, die noch nicht bearbeitet wurden, müssen ca. 300 Anträge abschlägig beschieden werden, da die Anspruchsvoraussetzungen nicht vorliegen.

Herr Lehmann berichtet ergänzend, dass der Ausschuss über die Situation in der Grundsicherungsstelle regelmäßig unterrichtet wurde und es sich bei dem angesprochenen Fall um einen Einzelfall handelt.

b) von Leistungsanträgen für Häusliche Pflege sowie der Begleichung von Rechnungen (siehe Schreiben der Sozialstation Zehlendorf vom 07.06.2005 sowie vom 29.07.2005)

Herr Wöpke unterrichtet den Ausschuss, dass es diverse Kontakte zu der Sozialstation Zehlendorf gegeben hat und es einen gemeinsamen Gesprächstermin hierzu gibt.

Herr Geese berichtet weiterhin, dass die Schreiben der Sozialstation Zehlendorf Anlass waren, die Bearbeitungsstrukturen innerhalb der Abteilung zu überprüfen. Es fand eine Optimierung der Arbeitsabläufe statt, so dass eine Bearbeitungszeit von höchstens 6 bis 8 Wochen von der Antragstellung bis Bewilligung angestrebt wird. Auch hier kann davon ausgegangen werden, dass es sich bei den von der Sozialstation Zehlendorf angemahnten Vorgänge um Einzelfälle handelt.

Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder wurde bestätigt, dass in begründeten Ausnahmefällen auch Abschlagszahlungen an Pflegestationen geleistet werden.

TOP 6 (alt TOP 3): **Vorstellung und Besichtigung des Seniorenclubs, anschließend Gelegenheit zur Nachfrage**

Nachdem die eingangs erwähnte Veranstaltung beendet war, wurden die Ausschussmitglieder von Frau Kühl (zuständig für integrative, kulturelle Angebote für Menschen mit einer Behinderung) durch die Seniorenfreizeitstätte geführt. Sie informierte die Mitglieder über die Arbeit der ehrenamtlichen Mitarbeiter und dem Veranstaltungsangebot. Die Seniorenfreizeitstätte wird von den Besuchern sehr gut angenommen. Die Besucherzahlen sind in den letzten Jahren gestiegen. Bei dem Rundgang informierte Herr Senoner über die Begehung mit dem Hochbauamt, den festgestellten Sanierungsbedarf und die Festlegung einer Prioritätenliste. Besonders sanierungsbedürftig sind das Dach, die Fenster und die Toiletten der Seniorenfreizeitstätte. Während des Rundgangs nutzten die Ausschussmitglieder die Möglichkeit der Nachfrage. Anschließend wurde das Veranstaltungsprogramm des Club Lankwitz sowie das EM-Magazin 2/2005 an die Mitglieder verteilt.

TOP 7 (alt TOP 8): **Bericht aus dem Bezirksamt**

- **Widerspruchsbeirat**
  Herr Wöpke verteilt an die Ausschussmitglieder den Entwurf der BVV-Vorlage bezüglich der Mitglieder des neuen Widerspruchsbeirates zur Kenntnisnahme und zu fraktionsinternen Beratungen. Die Vorlage soll in der BVV am 21.09.2005 abschließend behandelt werden. Als Termin für die erste Sitzung des Beirates ist der 28.09.2005 vorgesehen.

- **Bürgertreffpunkt Bahnhof Lichterfelde-West**
  Herr Wöpke teilt dem Ausschuss mit, dass ein Mietvertrag für den Bürgertreffpunkt über fünf Jahre unterzeichnet wurde. Am 20.08.2005 konnte der Bürgertreffpunkt sein 20jähriges Bestehen feiern.

- **Ausschreibung Johannesstraße**
  Für das Objekt in der Johannesstraße findet zur Zeit eine erneute Ausschreibung (ein sogenanntes Bieterverfahren, bei dem das Höchstgebot den Zuschlag erhält) durch den Liegenschaftsfonds statt - Ausschreibungsfrist ca 8 Wochen. Für den Rumpelbasar wird ein Ersatzstandort gesucht.

- **Dahlemer Weg**
  Der Betreibervertrag für das Objekt Dahlemer Weg wird nicht verlängert und endet am 28.02.2006.

- **Trägervertretung**
  Herr Wöpke berichtet über die Rahmenvereinbarung zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit , der Bundesagentur für Arbeit und kommunaler Spitzenverbänden zur Weiterentwicklung der Grundsätze der Zusammenarbeit der Träger der Grundsicherung in den Arbeitsgemeinschaften gemäß § 44 b SGB II. Ziel ist, die Stärkung der Handlungsfähigkeit der Arbeitsgemeinschaften. Dazu sollen die Kompetenzen der Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaften erweitert und die Verantwortung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende regional verankert werden. Hierzu wird in der Bezirksstadträtesitzung am 02.09.2005 beraten. Er teilt weiterhin mit, dass es in der Trägervertretung Steglitz-Zehlendorf bisher keine Probleme gab und alle gefassten Beschlüsse einstimmig erfolgten.

- **Chipkarten (Betrugsfall im Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg)**
  Frau BV Grimpe-Christen bittet um Auskunft, ob Vorkehrungen getroffen wurden, um vergleichbare Betrugsfälle bei dem Einsatz der im letzten Ausschuss erwähnten Chipkarten zu verhindern. Herr Bartsch erklärt dazu, dass die verwendeten Karten lediglich für die Zahlung am Automaten aktiviert und danach ungültig werden, so dass eine solche Manipulation wie in Friedrichshain-Kreuzberg hier ausgeschlossen werden kann.

TOP 8 (alt TPO 9): **Verschiedenes**

Frau Schwanke berichtet als Mitglied der Seniorenvertretung von derer letzten Sitzung und bittet die Ausschussmitglieder, folgendes zur Kenntnis zu nehmen:

Die Seniorenvertretung regt an, dass bei zukünftigen Planungen von Seniorenwohnanlagen nicht nur Luxuswohnanlagen Berücksichtigung finden (ehemaliges BVG-Gelände).

Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz hat einen Flyer zur Seniorenarbeit herausgegeben, indem die Stärkung der Seniorenpolitik angekündigt wird.

Nächste Sitzung findet am 06.10.2005 statt (Anmerkung: Die Sitzung fand mangels ausreichender TOP's nicht statt).

Ausschußvorsitzender:	**BV Bösener**	
Schriftführerin:	**BV Kühn**	
Protokoll:	**Frau Wansner**	**Berlin, den 02.09.2005**